

»Schulpolitik von Kindern her denken«

Thomas Kreuzer: Der CSU-Fraktionschef verteidigt die Anti-Tempolimit-Kampagne in der Partei

Von unserem Redakteur
MARTIN SCHWARZKOPF

ASCHAFFENBURG. Er sprang kurzfristig ein: Weil Ralph Brinkhaus als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag am Wochenende beim Koalitionsausschuss in Berlin unakademisch war, übernahm Thomas Kreuzer die Hauptrede beim Neujahrsempfang der CSU aus Stadt und



»Wir dürfen als Politiker die Freiheit von Menschen niemals aus ideologischen Gründen einschränken.«: Thomas Kreuzer, Fraktionsvorsitzender der CSU, im Main-Echo-Gespräch mit Chefredakteur Martin Schwarzkopf. Foto: Petra Reith

Main-Echo Gespräch

Kreis Aschaffenburg. Der Fraktionsvorsitzende der CSU im bayerischen Landtag gehört zu den Dauerbrennern in der Landespolitik, der Kemptener ist in vielen Themenfeldern zu Hause. Im Exklusiv-Gespräch mit dem Medienhaus Main-Echo äußerte sich Kreuzer zu Lehren aus der aktuellen Entwicklung in Thüringen, zur Anti-Tempolimit-Kampagne seiner Partei – und zur Zukunft von Markus Söder.

Sie sind seit mehr als 25 Jahren Berufspolitiker. Was fällt Ihnen als erstes zum Stichwort Thüringen ein?

Mich hat schon im Oktober das Ergebnis der Landtagswahl richtig erschreckt: zusammen mehr als 50 Prozent der Stimmen für die beiden Parteien vom rechten und linken Rand. Und was dann vergangene Woche bei der Ministerpräsidentenwahl passiert ist, das ist ein absolutes No-Go. Auf Stimmen der AfD hoffen oder hier gar etwas absprechen, das geht gar nicht. Eine Zusammenarbeit mit radikalen Kräften, egal ob rechts oder links, darf es niemals geben.

Finden Sie den Rückzug von Anneret Kramp-Karrenbauer aufgrund der Situation in Thüringen angemessen?

Ich habe diese Konsequenz wegen Thüringen nicht für notwendig gehalten – das ist nichts, worauf die CDU auf Bundesebene hätte reagieren müssen. Denn ein Landesverband ist kein Befehlsempfänger einer Bundespartei. Und ein Abgeordneter ist auch kein Befehlsempfänger. Er ist seinem Gewissen und der Landesverfassung verpflichtet. Insofern bin ich der Meinung, die Situation in Thüringen ist in erster Linie eine Sache des CDU-Landesverbands Thüringen. Dass Mike Mohring angekündigt hat, im Mai zurückzutreten, halte ich für angemessen.

»Deswegen sage ich: strikte Abgrenzung von allen Radikalen.«

Thomas Kreuzer zu AfD und Linke

Können die klassischen Parteien auf Dauer Parlamentarier, die ein Viertel der Wähler vertreten, von allen parlamentarischen Prozessen ausschließen?

Sie werden ja nicht von allen parlamentarischen Prozessen ausgeschlossen. Natürlich gibt es eine normale Zusammenarbeit, etwa im Ältestenrat eines Parlaments, wenn die Tagesordnungen abgestimmt werden. Aber ich bin und bleibe strikt dagegen, dass mit radikalen Kräften inhaltliche Absprachen getroffen werden – das müssen die demokratischen Parteien unter sich machen. Denn wenn man sich nicht konsequent von den Extremen abgrenzt – wie in Thüringen durch die Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der SED-Nachfolgepartei Die Linke – dann wird automatisch auch der andere extreme Rand gestärkt. Deswegen sage ich: strikte Abgrenzung von allen Radikalen, egal ob links oder rechts.

Sehen Sie das Risiko, dass die AfD massiv davon profitiert, wenn sich andere Parteien so verhalten wie in Thüringen?

Das glaube ich nicht, dass die AfD davon profitieren wird. Sie hatte in Thüringen ja schon ein erschreckend hohes Wahlergebnis. Aber ich befürchte, dass CDU und FDP

Zur Person: Thomas Kreuzer

Seine Herkunft aus dem Allgäu kann und will er nicht verleugnen, sie ist nicht zu überhören: Thomas Kreuzer, 60 Jahre alt, Katholik, gehört zu den mächtigsten CSU-Politikern im Freistaat – auch wenn er von Beobachtern eher zur alten Garde der Partei gezählt wird. Als Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag sorgt er für die

parlamentarischen Mehrheiten für die CSU-Politik. Thomas Kreuzer ist Oberleutnant der Reserve, hat Rechtswissenschaften an der Universität Augsburg studiert, er arbeitete vor seinem Wechsel in die Berufspolitik als Staatsanwalt und Richter am Landgericht Kempten. Er ist seit 1994 direkt ge-

wählter Abgeordneter des Landtags für den Stimmkreis Kempten-Oberallgäu. 2011 wurde Kreuzer Staatssekretär im Kultusministerium. Von 2011 bis 2013 leitete er als Staatsminister die bayerische Staatskanzlei. Seit Oktober 2013 führt Kreuzer die CSU-Fraktion im Maximilianeum. (msc; Quelle: CSU-Landtagsfraktion)

perspektivisch erheblich darunter leiden werden.

Themenwechsel: Fahren Sie gerne schnell Auto?

Ich selbst fahre kaum Auto – und wenn, bin ich im Allgäu unterwegs. Da fahre ich dann nicht besonders schnell.

Halten Sie es für eine gute Idee, das Thema »Kein Tempolimit« in einer großen CSU-Kampagne in der heißen Phase des Kommunalwahlkampfs zu spielen?

Ich finde es gut und richtig, dass die CSU hier einen so klaren Standpunkt vertritt. Denn wir haben ja bereits auf vielen Autobahnabschnitten Tempolimits – was bei Gefahrenpunkten immer sinnvoll ist.

Ich bin ein großer Freund von elektronischen Schilderbrücken, denn damit kann die Geschwindigkeit immer dem Verkehrsfluss angepasst werden. Aber: Ich bin ein klarer Gegner eines allgemeinen Tempolimits. Wenn ich oft mitten in der Nacht dienstlich auf der Autobahn unterwegs bin, zum Beispiel von Hof nach Kempten und die dann total leer ist – warum brauchen wir da ein Tempolimit? Meiner Meinung nach erhöht das nicht die Verkehrssicherheit – und auch die Wirkung auf den CO₂-Ausstoß ist minimal.

Nochmals nachgefragt: Es geht doch beim Kampf gegen das Tempolimit nicht ernsthaft um eine Schlüsselfrage bürgerlicher Freiheiten – oder sehen Sie das anders?

Ganz und gar nicht. Das Tempolimit ist es eine Sachfrage, die man entscheiden muss und Hauptthema dabei ist die Verkehrssicherheit. Es gibt in Europa mittlerweile etliche Staaten, die ein durchgängiges Tempolimit haben – aber damit trotzdem noch mehr Verkehrstote als wir.

Ich bin überzeugt: Wir dürfen als Politiker die Freiheit von Menschen niemals aus ideologischen Gründen einschränken. Wenn überhaupt dann nur, wenn es handfeste, sachliche Gründe dafür gibt. Und aus meiner Sicht ist die Debatte ums Tempolimit eine sehr ideologische.

Wer schon einmal in Frankreich auf der Autobahn unterwegs war, weiß wie entspannt dort gefahren werden kann, weil es ein Tempolimit gibt – reichen diese Erfahrungen nicht, um auch in Deutschland bei 130 Stundenkilometern Schluss zu machen?

Mir ist in Frankreich aufgefallen, dass auf den Autobahnen vor al-

lem weniger los ist als bei uns. Es sieht so aus, als ob viele Autofahrer auf die Landstraße, wechseln, weil es sich für sie nicht lohnt, Maut zu zahlen wenn sie wegen des Tempolimits dann gar nicht schneller ans Ziel kommen. Das ist eine Entwicklung, die ich für bedenklich halte. Wenn ein Tempolimit Autofahrer auf Land- und Nebenstraßen treibt, ist das kontraproduktiv für die Verkehrssicherheit.

»Markus Söder hat mir versichert, dass er nicht nach Berlin gehen wird.«

Thomas Kreuzer zur Kanzlerkandidatur

Kommen wir zur Landespolitik: Die Lehrer in Bayern, vor allem an Grund- und Mittelschulen, fühlen sich nicht wertgeschätzt. Sie protestieren deutlich vernehmbar gegen die Vorschläge zur Mehrarbeit durch den Kultusminister, der von Ihrem Koalitionspartner gestellt wird. Macht Ihnen das Sorgen?

Wir müssen Schulpolitik von den Kindern her denken: Wir sind dafür verantwortlich, dass die Kinder den bestmöglichen Unterricht bekommen. Dafür muss der natürlich vor allem regelmäßig stattfinden. Um das zu gewährleisten, haben wir in den vergangenen 13 Jahren 17 000 neue Stellen für Lehrer geschaffen. So konnten wir die Klassen verkleinern, Inklusion ermöglichen und die Herausforderung Integration meistern. Nur jetzt haben wir die Situation, dass alle Studienplätze genutzt werden, aber wir einfach zu wenig Bewerber für Grund-, Mittel- und Förderschulen haben. Das heißt: Noch mehr Stellen zu schaffen, löst das akute Problem nicht.

Und nachdem wir nicht wollen, dass Unterricht ausfällt, bleibt nur, dass Lehrer für einen befristeten Zeitraum etwas mehr arbeiten. Konkret eine Stunde pro Woche, die dann später wieder zurückgegeben wird als Freizeit. Die Regelung gilt nicht für ältere Lehrer – und auch nicht, wenn jemand in Familien- oder Pflegezeit ist.

Hätte man nicht einfach durch eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte, etwa eine grundsätzlichen höhere Einstufung, die Akzeptanz für die Mehrarbeit deutlich erhöhen können?

Das hätte nicht funktioniert. Eine grundsätzlich höhere Einstufung wie A 13 von Anfang an ist nicht nur teuer, sondern führt auch dazu, dass es keine Perspektive auf Beförderung mehr gibt. Man ginge dann mit genau der Besoldungs-

stufe in Pension, mit der man angefangen hat. Motivation ist das keine. Wir wollen, dass Lehrer fair bezahlt werden – und haben daher über die sogenannten Stellenhebungen extra zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Themen, auf die es landespolitisch im Jahr 2020 ankommen wird?

Ganz wichtig sind Fortschritt und Innovation: Unsere Hightech-Agenda setzt hier Maßstäbe. Wir schaffen 1000 neue Professorenstellen und 13 000 neue Studienplätze – und wir unterstützen die Transformationsprozesse in der Automobilindustrie.

Zweiter Schwerpunkt das Klimaschutzpaket für Bayern, das wir ausrollen. 70 zusätzliche Projekte wird es hier geben, von der Renaturierung von Hochmooren, über das Pflanzen von Wäldern, bis hin zur energetische Sanierung von Gebäuden und Antriebsumstellungen in den Autofлотten des Staates. Da müssen wir Prioritäten setzen.

Und dritter Punkt: die Landwirtschaft. Hier geht es um die entscheidenden Akzente, dass das Zusammenspiel mit dem Natur- und Umweltschutz gelingt. Wir wollen mit den Landwirten zusammenarbeiten und sicherstellen, dass wir auch künftig flächendeckend in Bayern unsere bäuerlichen Familienbetriebe erhalten. Klar ist aber auch: Es gibt keine Kompromisse beim Trinkwasserschutz, keine Kompromisse im Umweltschutz. Trotzdem muss das landwirtschaftliche Arbeiten weiter möglich sein. Wir brauchen die Lebensmittel und wir brauchen die Landschaftspflege durch die Bauern.

Befürchten Sie, dass Ihnen Markus Söder in München 2021 abhandeln kommt, weil er für Berlin als Kanzlerkandidat gebraucht wird – gerade vor dem Hintergrund des Bildes, das die CDU in der vergangenen Woche abgegeben hat?

Markus Söder hat mir versichert und auch öffentlich erklärt, dass er nicht nach Berlin gehen wird – was mich sehr freut. Ich gehe ich davon aus, dass er unser Ministerpräsident bleibt. Genau das wünsche ich mir auch. Wir brauchen Markus Söder hier in Bayern.

Die Frage zum Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer wurde nachträglich am Montag gestellt. Das Interview selbst wurde am Samstag, 8. Februar, geführt.

KOMMENTAR

AKK büßt für Merkels Fehler

Werner Kolhoff zum Rücktritt der CDU-Chefin



Den Ur-Fehler hat Angela Merkel Ende 2016 gemacht. Damals entschied sie, noch einmal als Kanzlerkandidatin anzutreten. Nach drei Amtsperioden, und obwohl sie den Zenit ihrer Macht deutlich überschritten hatte. Doch das Kanzleramt eignet sich nicht für eine vorgezogene Altersteilzeit. Die Folge: Machtkämpfe und Führungschaos.

Stammwähler vergraut

Annegret Kramp-Karrenbauer ist das Opfer dieses Fehlers geworden. Die CDU verliert mit ihr eine gradlinige Politikerin, die Kanzlerin hätte werden können, aber zur falschen Zeit auf dem falschen Posten war. Statt die Macht sofort zu übergeben, setzte Angela Merkel 2018 auf einen langen Übergangsprozess mit der Trennung von Parteivorsitz und Kanzleramt für komplette zwei Jahre. Wie konnte sie nur annehmen, ihre Wunsch-Nachfolgerin könnte eine so lange Phase voller innerparteilicher Anfeindungen überleben, ohne Kanzlerin zu sein, wenigstens Kanzlerkandidatin? Wie konnte sie nur denken, die CDU könnte die verunsicherten Wähler so lange bei der Stange halten? Zumal Angela Merkel ja selbst viele Stammwähler vergraut und ihre Partei in eine scharfe inhaltliche Auseinandersetzung geführt hatte: Konservative gegen Soziale. Marktliberale gegen Schwarz-Grüne. Im Fall Thüringen: AfD-Verharmloser gegen Linken-Versteher.

Jetzt werden bei der Saarlän-

derin die Fehler gesucht, und natürlich hat auch sie welche gemacht. Aber die sind vergleichsweise unbedeutend. AKK wurde in Wahrheit von ihren innerparteilichen Gegnern sturmreif geschossen. Und von Merkel diesem Feuer zu lange ausgesetzt. Auch ein Vorsitzender Friedrich Merz hätte das nicht besser durchgehalten. Im Gegenteil, er wäre wahrscheinlich noch schneller gescheitert, sei es an irgendwelchen Geschichten aus seiner Wirtschaftstätigkeit oder an seiner mangelnden Attraktivität für Wähler aus ärmeren Schichten.

Niedergang der Volksparteien

An der SPD hat man gesehen, wie der Niedergang der Volksparteien abläuft. Es ist eine Mischung aus dem Schwenden angestammter Milieus, dem Verlust von Konturen in Koalitionen, Führungsfehlern und hemmungslosen innerparteilichen Angriffen durch Neider und Abenteurer. Der CDU droht es nun ähnlich zu ergehen. In zwei Wochen, nach der Hamburg-Wahl, hätte AKK wahrscheinlich sowieso ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur erklären müssen. Denn nach den Thüringer Ereignissen ist in der Hansestadt für die CDU nichts mehr zu gewinnen. Dann wäre man(n) endgültig über die Amtsführung der Vorsitzenden hergefallen. Es ehrt die Saarländerin, dass sie trotzdem nicht auf Nahles macht und sich beleidigt zurückzieht, sondern noch den Übergang zur nächsten Führungsspitze organisieren will. Angela Merkel hat viele Verdienste. Dass sie sich in ihrer Endphase in ähnlicher Weise um ihre Partei gekümmert hätte, gehört nicht dazu.

»Kino First« in Amerika

Jürgen Overhoff zur Verleihung der Oscars



Paukenschlag in der Filmwelt. Bei der Verleihung der Oscars, der wichtigsten Filmpreise der Welt, hat in der Nacht zum Montag sensationell ein Streifen aus Südkorea aberäumt: Bong Joon-hos bitterböse Gesellschaftssatire »Parasite«. Der Film gewann die Trophäe in den Königskategorien »Beste Regie«, »Bester internationaler Film«, »Bestes Originaldrehbuch« und »Bester Film«. »Parasite« ist der erste nicht-englischsprachige Film der Oscar-Geschichte, der als »Bester Film« ausgezeichnet wurde. Und die Oscars werden seit 1929 vergeben.

Hatten die über 9000 Mitglieder der Academy of Motion Picture Arts and Sciences, die die Preisträger bestimmen, womöglich im Filmjahr 2019 keine tauglichen Alternativen? Mitnichten. Selten zuvor waren die nominierten englisch-sprachigen, in den USA produzierten Filme von solcher Güte. Quentin

Tarantinos »Once upon a time in Hollywood«, Martin Scorsese »The Irishman«, Noah Baumbachs »Marriage Story« und Gretha Gerwig »Little Women« – allesamt »Parasite« ebenbürtige Meisterwerke.

Dennoch entschieden die abstimrenden Filmschaffenden sich für den Film aus Ostasien. Warum? Man weiß es nicht. Oft beeinflussen ökonomische Interessen der mächtigen US-Kinoindustrie die Oscar-Entscheidungen mehr als cineastische Kriterien.

In diesem Jahr ist das anders. Gut so. Mit der Auszeichnung von »Parasite« als klassischem, traditionell produzierten und distribuierten Arthouse-Film setzt Hollywood ein Zeichen gegen die immer machtvoller agierenden Streamingdienste und damit gegen das Sterben des Kinos.

Zudem ist die Entscheidung für »Parasite« ein Bekenntnis zu Weltkino und Welttoffenheit. Das war mal nötig in einem Land, dessen Präsident penetrant in der patriotisch-isolationistischen Suppe kocht. »Kino First« statt »America First«.

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10 07 48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21/39 60, Telefax 0 60 21/39 64 99, www.main-echo.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Marco Eisert; Chefredaktion: Martin Schwarzkopf, Torsten Maier (stv.), Stefan Reis (stv.); Chefredakteur: Claus Morhart, Georg Kümmler; Deskchefin Print: Andrea Jost; Deskchef Digital: Marcel Cichon; Redaktion Aschaffenburg/Alzenau/Dieburg: Jens Raab, Peter Freudenberg (ltid. Redakteur), Michael Müller (Erster Autor Alzenau & Kahlgrund); Redaktion Main-Spessart/Main-Tauber: Lena Schwaiger, Boris Dauber (Erster Autor Main-Spessart); Redaktion Kreis Miltenberg: Renate Ries; Mantelredaktion: Stefan Reis, Torsten Maier; Sportredaktion: Manfred Weiß; Technik und Organisation: Bernd Klebing; Verantwortlich für Anzeigen: Christoph Nitsche Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 66 vom 1. 1. 2020. Bezugspreis bei Trägerzustellung 37,60 Euro, bei Postzustellung 40,50 Euro (jeweils einsch. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich mit Unterschrift an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss. Wir freuen uns über Leserbriefe. Je kürzer sie sind, desto wahrscheinlicher ist ihre Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Wir brauchen stets Ihre komplette Adresse und Telefonnummer, Veröffentlichungen aber nur Name und Wohnort. Unsere Adresse: lesermeinung@main-echo.de Für die Übernahme von Artikeln in elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 0 30/28 49 30.